

# DIE ARBEITSEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER • STREBE • ZUM • GANZEN • UND • KANNST • DU • SELBER • KEIN • GANZES • WERDEN  
ALS • DIENENDES • GLIED • SCHLISS • AN • EIN • GANZES • DICH • AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 3

Charlottenburg, Freitag, den 18 Januar 1907

Jahrg. 34

## Sperrren.

**Vollsperrren in Deutschland:** Brambach i. Voigtland (Reinhardt & Köhler). Düsseldorf (Hohmann). Elberfeld (Peters Emailierwerk). Elsterwerda (Steingutfabrik). Garitz. Göppingen (Emailierwerk). Großbreitenbach (Eger & Söhne). Köppelsdorf (Hering & Weithase). Langenberg bei Gera (Buse & Büttner). Lauf (Fritz Krug). Martinroda (Eger & Co). Neuhalbensleben. (Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Selb L. Hutschenreuther (inkl. des Betriebes der bisherigen Firma Jäger & Werner). Sorau. Stogheim. Wunsiedel. Berlin für Schildermaler.

**Halbsperrren in Deutschland:** Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Ebers, Emailierwerk). Flörsheim a. Main. Frelenora. Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert & Menz). Königszelt-Kranichfeld. Neustadt bei Coburg. Oeslau. Passau. Kuboldstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlerbach. Schweidnitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

**Sperrren in Oesterreich:** Königszelt bei Brünn für Maler. Briesen bei Bilin (Nestler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Joles (Porzellanfabrik). Lboje bei Gilt in Steiermark (Schüg). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Tichy & Schönfeld in Bessau für Maler. — Bessau (Tischy & Schönfeld).

## Deutsche Arbeiter-Fürsorge.

(Aus dem Correspondenzblatt der Generalkommission.)

Der Reichskanzler von Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, den Generalleutnant von Liebert, eine Silvester-Epistel gerichtet, die die Stellungnahme der Regierung zum gegenwärtigen Wahlkampfe bekunden soll. Diese Wahlkundgebung zeichnet sich weder durch einen politischen Inhalt noch durch irgend welches blendende Neuere aus, — das Bezeichnendste an ihr ist die Adresse, an die sie sich richtet. Sie bekundet, daß die Reichsleiter sich offiziell in die Hände der skrupellosesten Scharfmacher-Organisation geben, — sie stempelt die Niederlage der letzteren offiziell zu einer solchen der Regierung. In dieser Kundgebung befindet sich indes ein Satz, den wir, besonders von unserem gewerkschaftlichen Standpunkte aus, einer näheren Prüfung unterziehen müssen. Herr v. Bülow schreibt:

„Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, — obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildetsten der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will. Von solchem Drucke muß sich das deutsche Volk freimachen.“

Wir haben vor wenigen Wochen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft aufgefordert, für die Wahl von Sozialdemokraten einzutreten. Wir taten dies in dem vollen Bewußtsein, daß sich die organisierte Arbeiterschaft damit in einen

scharffen Gegensatz zur Regierung stellt und daß die gesamte Gegnerschaft nicht säumen wird, unsere Gewerkschaften als sozialdemokratische zu denunzieren. Das hat sie aber auch schon früher getan, als wir die neutrale Stellung unserer Organisationen vor aller Öffentlichkeit vertraten und selbst dann, als eben dieser Stellung wegen die Gewerkschaften aus sozialdemokratischen Kreisen lebhaft angegriffen wurden. Wir mögen uns zur Sozialdemokratie stellen, wie wir wollen, wir sind und bleiben deshalb doch die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, nicht bloß weil die meisten unserer Mitglieder Sozialdemokraten sind, sondern weil unsere Organisationen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und solche zu erkämpfen wissen, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, anstatt dem Trugbild einer Interessensharmonie von Unternehmern und Arbeitern nach zu hängen. In gleichem Sinne wurden ja auch schon christliche Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ bezeichnet, die zwar den Klassenkampf in der Theorie schmähen, aber um seine Praxis nicht herum kommen. Sei es also drum. Wir werden den Haß der politischen Gegner der Sozialdemokratie noch zu ertragen wissen, und wenn einige sozialpolitische Freunde der Gewerkschaften den letzteren die Freundschaft in aller Form auflündern, so wird das auch noch zu verschmerzen sein. Was aber den Gegensatz zur Regierung anbelangt, so hat gerade die arbeiterfeindliche Politik der Regierung am meisten dazu beigetragen, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager hinein zu treiben. Die Politik der Lebensmittelverteuerung, der Verkümmern der Volksrechte, der Klassenjustiz und der Volksverdummung hat der Sozialdemokratie Millionen von Stimmen zugeführt; sie ist es auch, die die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, um ihrer Selbsterhaltung willen zwingt, Gegner dieser Regierung zu wählen. Eine Regierung, die ein Anti-Gewerkschaftsgesetz nach russischem Muster dem Reichstage vorlegen konnte, dazu bestimmt, die Gewerkschaften im Paragraphenkampfe mit Behörden und Gerichten auf zu reiben, — eine solche Regierung kann von der Arbeiterschaft kein Vertrauen fordern!

Um so verwunderlicher klingt es, daß Bülow in so hohen Tönen die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches rühmt und die Gründe, die die Millionen von Arbeitern zu Mitkämpfern der Sozialdemokratie machen, nicht begreifen will. Wenn es wahr wäre, daß das Deutsche Reich mehr als irgend ein Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan hätte, dann wäre die deutsche Arbeiterschaft, diese „bestgebildetste der Welt“, töricht, einer Partei nach zu hängen, die die gegenwärtigen Zustände von Grund aus bekämpft. Da nun aber die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesen Zuständen in so raschem Maße wächst, daß Herr von Bülow sich nicht anders mehr als mittels des Reichsverbandes zu helfen weiß, so muß es doch wohl mit dem offiziellen Lob der deutschen Arbeiterfürsorge nicht ganz stimmen. Prüfen wir also, wie es mit der materiellen und geistigen Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches bestellt ist.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wurden im Jahre 1904 für die gesamten Krankheitskosten 213 931 462 Mk. verausgabt (pro Mitglied 19,97 Mk.). Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen betragen in diesem Jahre 246 005 055 Mk., davon aus Beiträgen und Eintrittsgeldern 230 685 129 Mk. Von diesen 230 Millionen Mark hat die Arbeiterschaft mindestens 160 Millionen Mark aus eigener Tasche auf gebracht, etwa 70 Millionen Mark sind aus Beiträgen der Arbeitgeber geflossen, die sie ebenfalls an den Arbeitern verdient haben; das Reich hat indes keinen Pfennig dazu gegeben. Nur bei der Gemeindeversicherung

stellen die Gemeinden die Verwaltung unentgeltlich, dafür ist diese Art der Krankenversicherung auch die leistungsunfähigste und rückständigste, die sich zugleich der geringsten Sympathien der Arbeiterschaft erfreut.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wurden 1904 insgesamt 184 132 888 M. verausgabt, davon 128 641 740 M. für Entschädigungsbeträge, Heil- und Beerdigungskosten (pro Kopf der Versicherten 6,87 M.). Hier werden die gesamten Kosten von den Unternehmern getragen; das Reich leistet dazu keinen Pfennig Zuschuß (abgesehen vom Etat des Reichsversicherungsamtes).

Für Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter wurden 1904: 117 100 514 M. aufgewendet, davon 108 080 258 M. für Entschädigung (pro Versicherter im Durchschnitt 7,94 M.). Die Gesamteinnahmen betragen im gleichen Jahre 198 224 977 M., davon aus Beiträgen 154 087 799 M. Die letzteren sind je zur Hälfte von den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebracht, so daß also 77 043 900 M. von den Entschädigungsbeträgen aus Beiträgen der Arbeiter geflossen sind (ungerechnet die Selbstversicherten, die den vollen Beitrag selbst leisten). Bei dieser Versicherung leistet das Reich einen Zuschuß zu jeder einzelnen Rente in Höhe von 50 M., der 1904 den Gesamtbetrag von 45 125 431 M. (pro Versicherter 3,48 M.) erreichte.

In allen drei Versicherungszweigen wurden also für das materielle Wohl der Arbeiter aufgewendet:

| Versicherung | Ausgabe für Entschädigung M. | Beiträge der |                |            |
|--------------|------------------------------|--------------|----------------|------------|
|              |                              | Arbeiter M.  | Arbeitgeber M. | Reich M.   |
| Kranken-     | 218 931 462                  | 160 012 729  | 70 670 992     | —          |
| Unfall-      | 128 641 740                  | —            | 148 481 221    | —          |
| Invaliden-   | 148 205 684                  | 77 043 900   | 77 043 900     | 45 125 431 |
| Insges.      | 488 778 886                  | 237 056 629  | 296 146 113    | 45 125 431 |

Um also den erkrankten, verletzten und arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern 488 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> Millionen Mark Unterstützung und Heilkosten usw. zu zahlen, mußten die Arbeiter 237 Millionen Mark (41,0 pSt.) aus eigener Tasche aufbringen; 296 Millionen Mark (51,2 pSt.) verauslagte das Unternehmertum für die Arbeiter und 45 Millionen Mark (7,9 pSt.) steuerte das Reich dazu. Im Gesamtdurchschnitt entfällt auf jeden Versicherten eine Unterstützung von 33,67 M. pro Jahr oder 9,22 Pf. pro Tag, wovon im Verhältnis der Beitragsleistung die Arbeiter 3,77 Pf. selbst aufbrachten, die Unternehmer 4,78 Pf. verauslagten und das Reich 0,67 Pf. täglich für jeden Versicherten hinzusteuer. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wählen wir für die Leistungen der Unternehmer den Ausdruck „verauslagern“; in Wirklichkeit zahlt auch kein Unternehmer die Versicherungsbeiträge aus seiner Privatschatulle, sondern er entnimmt sie den Betriebsergebnissen, die ihm seine Arbeiter „erarbeiten“ müssen. Richtig ausgedrückt handelt es sich auch hierbei um Arbeiterbeiträge. Auf <sup>2</sup>/<sub>3</sub> Pf. pro Tag reduziert sich also der gesamte Zuschuß des Reiches zu den materiellen Bedürfnissen des einzelnen versicherten Arbeiters, während die Arbeiter mehr als das Fünffache aus eigenen Mitteln und das Zwölffache aus dem Ertrage ihrer Arbeitskraft dafür aufbringen müssen. So sieht es also auf dem Gebiete der amtlichen Sozialpolitik aus. Gewiß tritt das, was die Arbeiter aus freier Initiative leisten, an Bedeutung hinter die Gesamtleistungen der Zwangsversicherung zurück die ebenso viele Millionen von Arbeitern umfaßt, als die Gewerkschaften Hunderttausende. Aber diese Hunderttausende haben neben den Leistungen der Zwangsversicherung in den Gewerkschaften ein Unterstützungswesen geschaffen, das im gleichen Jahre 1904: 11,1 Millionen Mark für Unterstützungszwecke verausgabte. Neben den <sup>3</sup>/<sub>4</sub> Pf. Zuschüssen pro Tag für die Arbeiterversicherung brachte jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter noch 7,2 Pf. für Gewerkschaftszwecke auf, von denen 2,9 Pf. direkten Unterstützungszwecken zugewendet wurden.

Und nun betrachten wir einmal, was das Reich von Arbeitern für die zwei Drittel eines Pfennigs, den es ihnen täglich schenkt, wieder nimmt. An Zöllen und Verbrauchssteuern muß das deutsche Volk nach dem Etat für 1907/08 967,6 Millionen Mark aufbringen, das ist pro fünfköpfige Familie ein Betrag von 85 M. Da es sich bei den Reichssteuern vorzugsweise um Lebensmittelsteuern (Getreide, Salz, Petroleum, Kaffee, Fleisch, Tabak, Bier, Branntwein) handelt, um die „Luxusgegenstände der großen Masse“, wie Bismarck sie 1875 im Reichstage bezeichnete, und da ferner die zahlreichsten Familien in Arbeiterkreisen zu finden sind, so ist anzunehmen, daß die Reichssteuern den Arbeiterhaushalt eher noch stärker belasten. Das ist aber nur ein Teil der Abgaben des Arbeiterhaushalts. Die deutschen Zölle sind Schutzzölle; sie verteuern nicht nur das vom Ausland hereinkommende

Getreide, Fleisch und sonstige Produkte, sondern auch das inländische, wofür der Konsument einen gleichen Tribut an den Junker und Grundbesitzer zahlen muß. Von je 100 Kilogramm Brotgetreide, das in Deutschland konsumiert wird, werden nur etwa 15 Kilogramm eingeführt; beinahe sechsmal so viel Getreidezoll, als an das Reich, muß das deutsche Volk noch an die Junker zahlen. Und das ist nicht der einzige Junker-Z tribut. Von allen inländischen Nahrungsmitteln, als Eier, Hülsenfrüchte, Fleisch, Fleischwaren usw., muß das Volk einen dem Auslandszoll gleichkommenden Betrag den deutschen Grundbesitzern zahlen. Vom Branntwein zahlt es neben den 116,8 Millionen Mark Reichssteuer eine Liebesgabe von 45 Millionen Mark an die Brennerbesitzer, die überdies vom Reiche 16 Millionen Mark Prämien infolge der Art der Maßraum- oder Brennsteuer-Erhebung einsteckeln. Die Sperrung der Grenzen gegen ausländisches Schlachtvieh hat den Preis des Schweinefleisches seit 1904 von 1,32 M. pro Kilogramm auf 1,73 M. gesteigert, den des Hammelfleisches von 1,41 M. auf 1,65 M., den des Kalbfleisches von 1,44 M. auf 1,69 M. und den des Rindfleisches von 1,21 M. bezw. 1,43 M. (Keule) auf 1,43 M. bezw. 1,67 M.; also eine Preissteigerung von 22—41 Pf. pro Kilogramm. Nach den Normalrationen der Marineverwaltung soll ein Mann pro Woche je 800 Gramm Rind- oder Hammelfleisch und 750 Gramm Schweinefleisch erhalten. Berechnet man den Verbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie nur auf das dreifache Quantum, so beträgt die Mehrbelastung dieses Arbeiterhaushalts infolge der Fleischsteuerung pro Jahr 80,77 M., ungerechnet die Mehrausgaben für Fleischwaren. Dazu kommt, daß der Kleinhandel eine weitere Belastung der kleinsten Konsumenten mit sich bringt.

Auch damit sind die Wirkungen der Zollpolitik nicht erschöpft. Die Zigarettensteuer, die die Steuersätze nach dem Verkaufspreis der Zigaretten bemißt, bedeutet eine direkte Prämie für den Lohndruck, denn wenn der Fabrikant durch Lohnabläufe imstande ist, die Zigarette etwas billiger zu verkaufen, profitiert er zugleich an der Steuer.

So drückt also die Zoll- und Steuergesetzgebung des Reiches zugleich auf Lohnhöhe und Lebenshaltung der Arbeiter. Für die 3,48 M., die das Reich dem Arbeiter jährlich in Gestalt eines Zuschusses schenkt, nimmt es ihm im Wege der Lebensmittelverteuerung das Hundertfache wieder ab, und wenn dieser Betrag nicht erreicht wird, so ist dies der Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter geschuldet, die das Fleisch bereits zum wirklichen Luxusgegenstand der großen Masse des Volkes gemacht hat und die besseren Lebensmittel durch billigere, schlechtere ersetzt.

Überdies nimmt das Reich den Arbeitern nicht bloß von dem, was diese konsumieren, sondern auch ganz direkt von dem, was es ihnen „schenkt“. Als im Jahre 1903 die Heeresausgabe von 659 Millionen Mark (1902) auf 742 Millionen Mark und die Marineausgaben von 224 Millionen auf 265 Millionen M. stiegen, da suchte die Regierung zu sparen, und sie fand heraus, daß die invaliden Arbeiter zu viel erhielten. Es waren 1902 142 780 Invalidenrenten und 1903 sogar 152 871 bewilligt. Da fand man glücklich heraus, daß es Invalidenrentner gäbe, die etwas mehr als ein Drittel der früheren Erwerbsfähigkeit besaßen, und flugs wurde diesen Invaliden die Rente entzogen, wodurch das Reich in jedem Falle 50 M. sparte, die armen Leute aber auch um die Rente kamen. So brachte man es fertig, daß 1904 bloß noch 140 092, 1905 nur 122 869 und 1906 nur etwa 112 000 Invalidenrenten bewilligt wurden, seit 1903 also mindestens 83 600 Renten gespart wurden! Das Reich sparte in den drei Jahren 4,2 Millionen Mark, und den armen Leuten wurden zirka 10 Millionen Mark Renten „erspart“.

Das ist die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches, das mehr als ein anderer Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan haben will. Für die geistigen Bedürfnisse sorgte wohl das preußische Volksschulgesetz, das die Volksschule unter den verpöfenden Einfluß der Kirche stellte. Für andere Kulturaufgaben ließ die wahnsinnige Heeres- und Marinerüstung, die Kolonial- und Weltmachtspolitik leider kein Geld mehr übrig.

Das ist das Deutschland, das auf dem Gebiete der Sozialpolitik an der Spitze der Nationen markiert!

Wie steht es nun in den übrigen Ländern aus? Gewiß, wir geben ohne Weiteres zu, daß ihre staatliche Arbeiterversicherung sich mit derjenigen des Deutschen Reiches nicht messen kann. Nur die Unfall- bezw. Haftpflichtversicherung ist weiter entwickelt. In Oesterreich und Dänemark ist auch die Krankenversicherung staatlich geregelt, bezw. wird sie vom Staate unterstützt. In den meisten Ländern hat man die Arbeiterversicherung der privaten Selbsthilfe überlassen. Nun hat diese Selbsthilfe zwar für die Beteiligten ganz andere Ergebnisse zuwege gebracht, als die deutsche Zwangsversicherung mit ihren 9,2 Pf. pro Tag,

von denen das Reich ganze  $\frac{2}{3}$  Pfg. hinzusteuer. Aber die deutsche Zwangsversicherung erfasst Millionen, die erfahrungsgemäß von jeder Selbsthilfe ausgeschlossen bleiben, und deshalb ist sie der letzteren sicherlich überlegen.

Indes ist das nur eine Fürsorge für Ausnahmeverhältnisse. Wichtiger für jeden Arbeiter ist das, wovon er sein Dasein bestreitet, sein Lohn und seine ganze Lebenshaltung, und derjenige Staat sorgt am besten für seine Arbeiterbevölkerung, der ihr nicht bloß Sicherheit gegen Unglück, sondern die Garantie eines auskömmlichen Lebens, einen möglichst hohen Anteil an den Errungenschaften moderner Kultur gewährt. Wie stellt sich nun Deutschland auf diesem Gebiete gegenüber dem Auslande?

Das nordamerikanische Arbeitsdepartement hat vor kurzer Zeit eine Untersuchung über die Lohnhöhe, Arbeitszeit und Lebenshaltung der Arbeiter in verschiedenen Staaten veranstaltet. Die ersten Ergebnisse derselben bringen jetzt in einer Bearbeitung von G. Heiß in „Schmollers Jahrbuch der Sozialwissenschaft“ in die Öffentlichkeit. Es ist von hohem Interesse, daß es ein angesehenes Organ der bürgerlichen Nationalökonomie ist, das auf dieses Zahlenmaterial die Aufmerksamkeit lenkt. Das sichert uns gegenüber dem sonst leicht erhobenen Vorwurf tendenziöser Darstellung. Wir geben aus dem vergleichenden Zahlenmaterial die Löhne einiger Arbeitergruppen in den vier Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Vereinigte Staaten wieder. Die Zusammenstellung läßt erkennen, daß fast überall die Entlohnung der Arbeitskraft in Deutschland die schlechteste ist. Danach wurden 1903 an Stundenlöhnen gezahlt:

|              | Vereinigte Staaten<br>Mk. | Großbritannien<br>Mk. | Frankreich<br>Mk. | Deutschland<br>Mk. |
|--------------|---------------------------|-----------------------|-------------------|--------------------|
| Maurer       | 2,19                      | 0,82                  | 0,53              | 0,53               |
| Steinmeger   | 1,83                      | 0,83                  | 0,58              | 0,53               |
| Schriftseher | 1,79                      | 0,72                  | 0,52              | 0,56               |
| Zimmerer     | 1,44                      | 0,81                  | 0,62              | 0,52               |
| Maler        | 1,38                      | 0,71                  | 0,50              | 0,48               |
| Schmiede     | 1,18                      | 0,70                  | 0,65              | 0,49               |
| Ungelernte   | 0,67                      | 0,41                  | 0,39              | 0,32               |

Hiernach erhalten die deutschen ungelerten Arbeiter nicht einmal die Hälfte des Lohnes (47,6 pSt.), den die ungelerte Arbeitskraft in Nordamerika bezieht. Noch krasser ist der Unterschied natürlich in den gelernten, gut organisierten Berufen, wo bei den Schmieden der deutsche Stundenlohn auf 41,9 pSt., bei den Zimmerern auf 36,2 pSt., bei den Schriftsehern auf 31,6 pSt. und bei den Maurern sogar auf 24,3 pSt. des amerikanischen Stundenlohnes herabsinkt. Dabei handelt es sich um Berufe, die auch in Deutschland zu den bestorganisierten zählen und die den Lohn von 52 bis 56 Pf. pro Stunde erst nach zähen Kämpfen auf diese Höhe gebracht haben. Im Jahre 1904 zeigt sich bei den nordamerikanischen Arbeitergruppen eine weitere Steigerung der Stundenlöhne. So betragen dieselben in Mark bei den Walzwerksarbeitern 2,68 Mk., Maurern 2,33 Mk., Maschinensehern 2,20 Mk., Stukkateure 2,16 Mk., Steinseher 2,07 Mk., Schriftseher 1,97 Mk., Dachdecker und Steinmeger 1,87 Mk., Schriftseherinnen 1,52 Mk., Tapezierer 1,46 Mk., Zimmerer 1,45 Mk., Maler 1,42 Mk., Maschinenseherinnen 1,24 Mk., Bäcker 1,13 Mk., Schmiede 1,07 Mk., Ungelernte Arbeiter 0,72 Mk. und Teppichweberinnen 0,67 Mk. Nur der Stundenlohn der Schmiede weist hier einen Rückgang auf. Im allgemeinen entsprechen die niedrigsten Löhne der ungelerten Arbeiter in Nordamerika (sie schwanken in den einzelnen Städten zwischen 0,57 und 1,21 Mk. denen der höchstgelohnten deutschen Berufe.

Dabei ist die Arbeitszeit fast durchweg kürzer als in Deutschland. Es betrug die wöchentliche Arbeitsdauer in den vorgenannten vier Staaten:

|              | Vereinigte Staaten<br>Std. | Großbritannien<br>Std. | Frankreich<br>Std. | Deutschland<br>Std. |
|--------------|----------------------------|------------------------|--------------------|---------------------|
| Maurer       | 56,2                       | 53,6                   | 51,5               | 60,0                |
| Steinmeger   | 49,4                       | 50,1                   | 66,0               | 56,5                |
| Schriftseher | 49,8                       | 50,0                   | 60,0               | 51,1                |
| Zimmerer     | 49,4                       | 50,1                   | 60,0               | 55,3                |
| Maler        | 49,0                       | 51,0                   | 60,0               | 56,2                |
| Schmiede     | 56,6                       | 53,0                   | 60,2               | 59,9                |
| Ungelernte   | 56,4                       | 52,5                   | 60,0               | 56,3                |

Hiernach ist die Arbeitsdauer nur in Frankreich länger als in Deutschland. Ein Vergleich dieser Uebersicht mit denen der Stundenlöhne bestätigt drastisch den bekannten Satz, daß den höchsten Löhnen in der Regel auch die kürzesten Arbeitszeiten zur Seite stehen. Nach diesen Ergebnissen steht die deutsche Arbeiterfürsorge keineswegs glänzend da. Der deutsche Arbeiter

würde herzlich gern die gesamte staatliche Zwangsversicherung darangeben, wenn er dafür die Löhne und Arbeitsdauer der englischen und nordamerikanischen Arbeiter eintauschen könnte.

Nach einer Einkommen- und Lebenshaltungsstatistik, die sich auf 24.402 nordamerikanische Arbeiterfamilien stützt, hatten ein Gesamteinkommen in Mark:

|                | Bergbau<br>in pSt. | Eisen u. Stahl<br>in pSt. | Textilindustrie<br>in pSt. | Landwirtschaft<br>in pSt. |
|----------------|--------------------|---------------------------|----------------------------|---------------------------|
| unter 1200 Mk. | 8,71               | 2,12                      | 11,60                      | 42,39                     |
| 1200—1800 "    | 19,92              | 6,50                      | 14,85                      | 23,83                     |
| 1800—2000 "    | 26,31              | 14,42                     | 23,83                      | 13,64                     |
| 2000—2400 "    | 16,88              | 16,83                     | 14,23                      | 6,13                      |
| 2400—2800 "    | 10,95              | 17,07                     | 12,28                      | 8,46                      |
| 2800—3200 "    | 7,25               | 20,96                     | 9,50                       | 0,77                      |
| 3200—3800 "    | 3,16               | 9,48                      | 3,10                       | 0,77                      |
| 4000 u. mehr " | 2,51               | 5,46                      | 2,97                       | —                         |

Die durchschnittliche Einnahme einer Arbeiterfamilie (im Durchschnitt 4,88 Köpfe stark) betrug 2989 Mk., die Jahresausgabe 2796 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Nahrung 1251,68 Mk., auf Kleidung 379,96 Mk. und auf Miete 473,60 Mk., im Durchschnitt. Die Untersuchung von 19 000 Arbeitermietwohnungen ergab eine Durchschnittsgröße von 4,67 Räumen zum Preise von 486,20 Mk. Wo fände der deutsche Arbeiter für diesen Preis eine solche Durchschnittswohnung? In Berlin kostete im Jahre 1900 eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche schon 425 Mk. und eine Wohnung, die aus einem einzigen Raum bestand, 232 Mk.! Noch günstiger stellt sich das Verhältnis mit den Eigenhäusern der Arbeiter, auf die im Durchschnitt 5,12 Räume entfallen. Dabei wird angegeben, daß mehr als ein Fünftel der Arbeiter in Eigenhäusern wohnen. In Berlin müßte eine Arbeiterfamilie, die nur eine halb so große Wohnung erschwingen will, als die meisten amerikanischen Arbeiterfamilien, mindestens 2500 Mk. jährlich verdienen. Aber 93 Prozent der eingeschätzten Personen in Berlin hatten nicht einmal 2000 Mk. Einkommen. „Trotzdem ein amerikanischer Arbeiter kaum mehr anlegt, als eine kinderreiche Familie, die in Berlin noch halbwegs menschenwürdig wohnen will, kommen auf jede Familie 4 bis 6 Räume und auf jede Person ein Raum,“ schreibt Heiß.

Zu beachten ist auch, daß die meisten Nahrungsmittel in den Vereinigten Staaten nicht teurer, sondern wesentlich billiger sind als in Deutschland. So kostete ein Pfund (450 Gramm) Rindfleisch in New-York 41 bis 81 Pf., in St. Louis 35 bis 64 Pf., Schweinefleisch 48 bis 53 Pf. bezw. 30 bis 57 Pf., die höheren Preise entsprechen dabei den besten Fleischsorten. Das durchschnittliche Jahresbudget einer Arbeiterhaushaltung (von 4,88 Köpfen im Durchschnitt) wies folgenden Verbrauch auf: Ochsenfleisch 349,7 Pfund frisch, 48,6 Pfund gefalzen; Schweinefleisch 114,2 Pfund frisch, 110,5 Pfund gefalzen; Butter 117,1 Pfund; Mehl 630,8 Pfund; Zucker 168,5 Pfund; Kaffee 46,8 Pfund; Milch 354,5 Quart; Brot 262,7 Laibe. 623 Pfund Fleisch pro Jahr für eine Arbeiterfamilie, täglich 1,7 Pfund, — wo ist in Deutschland auch nur eine Arbeiterfamilie, die dieses Ernährungsniveau zu erhalten vermöchte, das den Durchschnitt der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterfamilien bezeichnet?

1,7 Pfund Fleisch jeden Tag! Muß sich da nicht der Neid eines deutschen Familienvaters regen, der blutenden Herzens seinen Kindern und sich selbst dieses Nahrungsmittel versagen muß, weil man es für die Seinen zu einem Lackerbissen gemacht hat, und zugleich der Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich solchergestalt an der arbeitenden Bevölkerung veründigt?

An diesen Zahlen läßt sich erst ermessen, was Deutschland für seine Arbeiter getan hat, indem es ihnen die Lebenshaltung systematisch verteuerte und verkümmerte, um Milliarden für Militär- und Weltmachtzwecke und abermals Milliarden für die Junker und Schlotbarone heraus zu pressen. „Heraus zu pressen“ in des Wortes vollster Bedeutung, — einen anderen Ausdruck gibt es nicht für Abgaben, die der Arbeiter bei Strafe des Hungers zahlen muß. In England gibt es zwar einen Tabak- und Spiritusozoll, aber die notwendigsten Lebensmittel sind frei geblieben; dort gibt es weder Brot- noch Fleischsteuer; dafür bringt die englische Bourgeoisie ca. 1200 Mill. an Vermögens- und Erbschaftsteuer auf und läßt die Einkommen unter 3000 Mark steuerfrei. Als der Burenkrieg an England erhöhte Anforderungen stellte, legte sich die Nation einen Getreidezoll von 50 Pf. pro Doppelzentner auf, den sie nach 2 Jahren wieder abschaffte. In Deutschland hat man die Einkommen schon von 500 Mark an (Sachsen) besteuert: die im Vorjahr eingeführte Erbschaftsteuer ist so milde gestaltet, daß sie nur noch 72 Millionen Mark ergibt. Dafür ist der Getreidezoll von

3 1/2 auf 5 1/2 Ml. erhöht. Hier hat Herr von Bülow die Erklärung, weshalb Millionen von Arbeitern beruht oder als Mitleider der Sozialdemokratie anhängen. Sie widerlegt zugleich an der Hand stichhaltiger Tatsachen seine Behauptung, daß Deutschland mehr als irgend ein anderer Staat für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter gesorgt habe. Es hat im Gegenteil mehr als irgend ein Staat dafür gesorgt, das materielle und geistige Niveau seiner Arbeiter herab zu drücken, es den herrschenden Klassen zu opfern.

Wenn trotzdem die deutschen Arbeiter als die intelligentesten der Welt bezeichnet werden, — wir sind bescheiden genug, in dieses Lob nicht einzustimmen, so danken sie ihre heutige Stellung in nichts den Regierungen und den herrschenden Klassen, sondern einzig und allein der mehr als 40jährigen politischen und gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit in Organisation und Kampf, die mit dem Wirken der Sozialdemokratie unlöslich verknüpft ist. Aus eigener Kraft ist die deutsche Arbeiterklasse geworden, was sie ist, und in stetem Kampfe gegen das offizielle deutsche Reich hat sie diese Stellung errungen. Und so beschämenswert der Vergleich der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gegenüber denen anderer Staaten ausfällt, — selbst dieses Niveau gönnt die herrschende Klasse den Arbeitern nicht, sondern sucht es durch ihre Politik der Volksausbeutung, Volksentrechtung und Volksverdummung herabzudrücken. Sehr richtig schreibt Herr von Bülow:

„Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich frei machen!“ Deshalb wählen die Millionen deutscher Arbeiter am 25. Januar Sozialdemokraten!

### Verbandsangelegenheiten.

Die örtlichen Verwaltungen wie die Mitglieder allgemein werden daran erinnert, daß die statistischen Formulare der Mitglieder und die Verdienstlisten bis zum 21. Januar eingesandt werden sollen.

Mit nächster Nr. der „Amelie“ gehen den Organempfängern die statistischen Formulare für 1907 zur Verteilung an die Mitglieder zu.

#### 127. Vorstandssitzung vom 29. Dezember 1906.

Entschuldigt fehlten Rudolf, Seefeld, Burmann und Korn.

In Elberfeld, Firma G. Peters, sind die Entlassungen sämtlicher Maler und Steinbrücker erfolgt; den Entlassenen wird Unterstützung nach § 21<sup>15</sup> des Statuts bewilligt. Zu besonderen Ausgaben im Interesse der Ausgesperrten werden 50 Ml. aus Verbandsmitteln bewilligt. — Einem Antrage der bei der Firma Hering & Weithase in Köppelsdorf beschäftigten Mitglieder, die Genehmigung zur Einreichung der Kündigungen betreffend, wird unter bestimmten Voraussetzungen statt gegeben. — Die Firma R. Schanz in Rheinsberg ist in Konkurs geraten und sind deswegen sämtliche Arbeiter des Betriebes am 18. Dezember 1906 entlassen worden. — In Garzig bedroht der Unternehmer die Mitglieder mit Entlassungen, wenn dieselben nicht aus dem Verband austreten. Demzufolge wird über Garzig die Sperre verhängt. — Einigen gemäßregulierten Mitgliedern in Lichte bei Wallendorf wird Unterstützung nach § 22 des Statuts und unter bestimmten Voraussetzungen auch Rechtsschutz bewilligt. — Mit der Einreichung von Forderungen an sämtliche Firmen in Großbreitenbach ist der Vorstand einverstanden und soll weiterer Bericht abgewartet werden. — Zuschriften von Langenberg, Düsseldorf, Sorau, Scheibe, Wiesau, Magdeburg werden zur Kenntnis genommen. — Im Anschluß an eine Zuschrift der Generalkommission, den internationalen Kongreß für 1907 in Stuttgart betreffend, wird beschlossen, diesen Kongreß mit einem Delegierten zu beschicken. — In Bezug auf die Formulare für die Lohnstatistik 1907 wird beschlossen, das unveränderte Formular von 1906 zu benutzen und soll der Neudruck umgehend erfolgen. — Vom Genossen Goerte liegt eine Mitteilung vor, wonach die vereinigten Buchdruckermeister Berlins und der Vororte eine 10prozentige Preiserhöhung für sämtliche Drucksachen ab 1. Januar 1907 eintreten lassen. Unter der Voraussetzung, daß der mit Goerte abgeschlossene Kontrakt davon unberührt bleibt, erklärt sich der Vorstand damit einverstanden. — Eine Zuschrift des Gewerkschaftsleiters Hoffmann-Flmenau ist mit Kenntnisnahme erledigt. In Bezug auf die Beteiligung Hoffmanns an der Wahlaktion für die Reichstagswahlen ist der Vorstand im Gegensatz zur Generalkommission nicht damit einverstanden, daß H. bis zur Wahlaktion ausschließlich für die politische Bewegung tätig ist, weil die Gesamtsituation dieses unmöglich mache. Soweit Zeit und Umstände Hoffmann gestatten in seinem Bezirk im Interesse der Wahlen tätig zu sein, hat der Vorstand selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden. — In Seringswalde will kein Mitglied einen Vertrauensmann für das Jahr 1907 annehmen; hierzu wird beschlossen, den dortigen Mitgliedern die Verpflichtung auf zu erlegen, eine erneute Versammlung ein zu berufen, welche unter allen Umständen eine Verwaltung zu wählen hat, andernfalls behält sich der Vorstand weitere Maßnahmen vor. — Eine Zuschrift von Goldblauer, Gründung eines Gewerkschaftslokals betreffend, wird zur Kenntnis genommen. — In Gaggenau soll die Zahlstellen-Bibliothek der neu errichteten Zentral-Bibliothek einverleibt werden, womit sich der Vorstand unter den üblichen Bedingungen einverstanden erklärt. — Von Selb-Blößberg beantragte Aufnahmen von Mitgliedern des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins und des Selber Verbandes, unter Anrechnung bereits erworbener Rechte werden bewilligt. Für eventuelle weitere Aufnahmen dieser Art behält sich der Vorstand die Entscheidung von Fall zu Fall vor. — Heinrich Noll, Sonneberg-

Oberlind, und Emil Moischmann, Georg Müller, Sättengrund, werden mit je 2jähriger Strafkarenzzeit in den Verband aufgenommen. — Der Aufnahme eines Mitgliedes des Metallarbeiter-Verbandes in Selb, unter Anrechnung der Karenzzeit wird statt gegeben. — Einem Antrage auf Stundung der Beiträge für das Mitglied 40 425 Goldig kann nicht entsprochen werden weil inzwischen bereits die Streichung erfolgt ist. — Der Zahlstelle Cassel werden 15 Ml. aus der Verbandskasse zur Anschaffung eines Schranzes bewilligt. — Dem Mitglied 8368 Lannroda werden die beantragten Fahr- und Umzugsgelder nach § 20<sup>1</sup> des Statuts abgelehnt. — Anträge auf Rechtsschutz für 11 428 Angeltroda und 849 Arzberg werden vertagt, weil Rückfrage erforderlich. — Ein Antrag auf Rechtsschutz für 8885 Meuselwitz wird nach § 27<sup>4</sup> des Statuts abgelehnt. — Dem Mitglied 768 Arzberg wird Unterstützung nach § 22 des Statuts bewilligt. — Unterstützung für 1100 Berlin II wird bewilligt. — Ein Antrag Düsseldorf, die Miets-Zuschüsse zu erhöhen, wird unter entsprechender Begründung abgelehnt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

#### 128. Vorstandssitzung vom 8. Januar 1907.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt der Vorsitzende Veranlassung, anlässlich des Jahreswechsels die Mitglieder des Vorstandes zu beglückwünschen, hält einen kurzen Rückblick auf die Gestaltung der Verbandsverhältnisse im abgelaufenen Jahre und wünscht dem Verbands auch für die Zukunft das beste Gedeihen. Aller Voraussicht nach dürfte auch das begonnene Jahr nicht mindere Anforderungen an die Verbandsleitung stellen als das verfloßene.

Der Schriftführer berichtet, daß in Großbreitenbach zwischen den Besitzern der Privatmalereien und den beteiligten Mitgliedern, in seinem Wesen, Verhandlungen über die aufgestellten Lohnforderungen statt gefunden haben, welche ein Einverständnis zu Wege brachten. Bei der Firma Bühl & Söhne haben Verhandlungen nur zwischen der Firma und den beteiligten Mitgliedern statt gefunden, jedoch ist auch hier eine Verständigung erzielt worden. Bei der Firma Eger & Söhne schweben die Verhandlungen noch, sodas hierüber weiterer Bericht noch ab zu warten bleibt. — In Selb ist die neuerbaute Fabrik von Jäger & Werner durch Kauf in den Besitz der Firma L. Gutschneuther, A. G. übergegangen. Die bisher bei Jäger & Werner beschäftigten Mitglieder sind von der neuen Firma vor die Alternative gestellt worden, entweder auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten, oder die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen. Weiterer Bericht steht noch aus. Die beantragte Delegation eines Vorstandsvertreters wird mangels genügender Richterstattung abgelehnt. — In Schauberg scheinen die schwebenden Lohnsdifferenzen nach erfolgten Verhandlungen erledigt zu sein. — In Langenberg haben zwischen der Firma Wuse & Büttner und den Ausständigen Verhandlungen statt gefunden nach deren Verlauf die Ausständigen den Streik für beendet erklärt und am 7. Januar dieses Jahres die Arbeit wieder aufgenommen haben. — Verschiedene Zuschriften von Düsseldorf, Elberfeld, Oberkösitz, Bößneck, Sophienau und Sorau werden zur Kenntnis genommen. — Im Anschluß an eine Zuschrift der Generalkommission werden den ausgesperrten Textilarbeitern in Lodz (Rußland) 500 Ml. aus Verbandsmitteln bewilligt. — Auf eine Anfrage der Generalkommission, die Unterrichtsreise betreffend, soll mitgeteilt werden, daß eine Beschickung des nächsten Kurses von unserer Seite nicht erfolgen kann, ob es für später möglich sein wird, läßt sich zur Zeit noch nicht bestimmen. — Der Zahlstelle Hermsdorf soll auf diesbezüglichen Antrag mitgeteilt werden, daß die von dem Mitgliede 4178 erhobene Beschuldigung wider den Verbandschriftführer jeder tatsächlichen Unterlage entbehre. Die bei der Zahlstelle Mitterteich getroffenen Feststellungen in dieser Sache erweisen, daß das Mitglied 4178 bewußt unwahre Behauptungen auf gestellt hat. Ferner wird beschlossen, in Rücksicht darauf, daß das Mitglied seine Beschuldigungen öffentlich erhoben hat, ist dasselbe auf zu fordern, öffentlich (im Verbandsorgan) zu widerrufen; eventuell erforderliche weitere Beschlußfassung behält sich der Vorstand vor. Schneider erklärt vor der Abstimmung, sich der Stimme zu enthalten.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

#### Quittung über eingesandte Gelder vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1906.

Adorf 18,70. Ahlen 360,—. Althalbdenleben 1 494,68. Altwasser 1 000,—. Amberg 124,—. Angeltroda 100,—. Annaburg 280,16. Arnstadt 84,92. Arzberg 1 160,—. Bayreuth 140,—. Berlin II 820,—. Berlin III 728,66. Berlin-Moabit 100,—. Biberach 53,10. Blankenhain 157,—. Bonn 158,80. Breslau 930,—. Bückau 80,—. Burgau 7,68. Cassel 100,—. Charlottenburg 345,46. Coblenz 71,89. Coburg 212,86. Goldig 459,15. Göln 422,62. Göln-Chrenfeld 214,65. Gortendorf 140,07. Grödlitz 46,61. Döbeln 23,09. Dresden 1 466,80. Duisburg 83,72. Eisenach 82,44. Eisenberg 1 100,—. Eisfeld 126,07. Elberfeld 172,40. Elgersburg 84,05. Elsterwerda 146,76. Emmerich 72,73. Farge 450,08. Frankfurt a. M. 309,79. Fraureuth 4,24. Freiberg 90,19. Freiwaldau 104,30. Fürstenberg a. O. 90,90. Fürstenberg a. W. 400,—. Gaggenau 116,95. Gehren 166,97. Gera 545,92. Geringswalde 85,—. Gernersheim 96,78. Geshwenda 180,—. Goldblauer 227,99. Gotha 840,00. Gräfenhain 186,70. Gräfenroda 126,35. Gräfenhain 268,24. Großbreitenbach 333,33. Grünhain 150,—. Grünstadt 53,56. Hagen 74,40. Hamburg 65,23. Hamm 136,46. Hannover 84,88. Hausen 12,80. Hermsdorf 823,32. Hirschau 104,12. Hirschberg 32,95. Höhr 78,06. Hüttensteinach 840,25. Judenbach 384,35. Kahla 3 700,—. Kamenz 28,85. Kahlhütte 1 028,30. Kleinembach 290,88. Kloster-Beßra 148,02. Kolmar 104,74. Köppelsdorf 1 737,40. Kronach 330,88. Kripps 60,06. Langewiesen 300,—. Leipzig 160,—. Lettin 150,—. Ludwigsdorf 42,92. Magdeburg 842,34. Mannebach 60,—. Mannheim 212,20. Markt-Leuthen 100,—. Markt-Redwitz 858,—. Martinroda 109,60. Meissen 344,—. Meuselbach 111,68. Meuselwitz 690,24. Mitterteich 441,50. Möschenborn 582,57. München 180,—. München-Grabbach 65,76. Neuhaus a. R. 47,19. Neuhaus b. S. 280,31. Neustadt G. 81,—. Nossen 83,52. Nürnberg 11,70. Nymphenburg 200,—. Oberhausen 350,—. Oberhöndorf 230,94. Oberkösitz 366,45. Oberkösitz 107,62. Oberlind 242,10. Oherdruf 300,—. Rankow 100,—. Rensitz 33,15. Rorzhelm 521,77. Riesau 233,70. Blaue 627,04. Bößneck 125,—. Botzchappel 642,82.

Brobstzella 82,78. Rathenow 51,51. Regensburg 80,—. Rehau 808,25.  
 Reichenbach 82,48. Reichmannsdorf 107,45. Rheinsberg 198,89. Roda  
 188,71. Rothentkchen 80,—. Rudolstadt 1 082,11. Ruhland 88,88.  
 Saargemünd 220 75. Schauberg 244,48. Schedewitz 582,18. Schirnding  
 204,57. Schleusingen 209,12. Schmiedefeld 87,82. Schönwald 500,—.  
 Schorndorf 58,75. Schramberg 121,48. Schwarzja 410,—. Schwarzen-  
 bach 80,89. Selb 1 890,—. Sigendorf 287,18. Sondershausen 108,84.  
 Sophienau 850,—. Sorgau 198,86. Sörnewitz 12,80. Spandau 241,—.  
 Stadtilm 459 08. Staffel 9,86. Stügerbach 48,96. Suhl 110,75.  
 Tambach 72,03. Tannroda 95,76. Teltow 60,90. Tiefenfurt 600,—.  
 Tirschenreuth 800,—. Uhlstädt 97,48. Unterpörlitz 188,84. Unterweißbach  
 92,84. Vegeack 400,—. Wöhenstraße 200,—. Volkstedt 160,—. Vordamm  
 198,58. Waldburg 800,—. Waldfassen 255,—. Waltershausen, 87,88.  
 Warmbrunn 87,46. Weiden 220,—. Weingarten 80,—. Weißwasser  
 108,99. Wiesel 70,—. Wiesau 88,89. Wittenberg 100,—. Wunstedel  
 59,15. Zell 200,—. Zittau 59,41. Einzelmitglieder 2 097,92. Haupt-  
 Dresden 100,—. Hecht-Berlin 6,—. Kaufmann-Zwickau 4,70. Koch-  
 Königssee 1,—. König-Rahla 7,50. Liebmann-Volkstedt 2,10. Nebelung-  
 Radeberg 0,20. Postabonnenten 228,41. Schwan-Rixdorf 2,70. Seifert-  
 Zwickau 18,—. Stich-Charlottenburg 7,50. Zeiske-Neuhaldensleben 0,90.  
 Zentner-Hornberg 5,80. Summa 52 621 06.

**Quittungen über eingesandte Kauttionen vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1906.**

Aborf 0,68. Althaldensleben 92,58. Angelroda 4,75. Annaburg 28 91.  
 Arzberg 80,—. Berlin II 20,—. Biberach 2,10. Blankenhain 7,92.  
 Bonn 8,80. Breslau 80,—. Burgau 7,88. Charlottenburg 20,46. Cöln  
 26,18. Cöln-Schrenfeld 14,65. Cortendorf 6,98. Creidlitz 6,61. Döbeln  
 8,79. Dönnitzburg 8,72. Eisenach 2,44. Elgersburg 8,—. Elsterwerda  
 6,76. Emmerich 2,78. Fraureuth 4,24. Freiberg 9,88. Freital 4,80.  
 Fürstenberg a. O. 4,04. Gaggenau 5,29. Goldlauter 10,—. Gotha  
 40,—. Gräfenhain 8,81. Gräfenroda 5,25. Gräfenthal 11 84. Groß-  
 breitenbach 18,88. Grünstadt 8,56. Haagen 2,96. Hamburg 5,28. Hamm  
 6,46. Hannover 0,50. Hausen 2,80. Hermsdorf 28,—. Hirschau 4,12.  
 Höhr 7,05. Hüttensteinach 89,25. Judenbach 84,85. Kahla 100,—.  
 Kahlitz 20,68. Kleindembach 15 88. Kloster-Wehra 8,02. Köpelsdorf  
 58,84. Kronach 21,—. Ludwigsburg 2,92. Magdeburg 42,84. Mann-  
 heim 12,20. Markt-Redwitz 47,82. Martinroda 9,60. Meißen 44,—.  
 Meuselbach 6,68. Meuselwitz 82,45. Mitterteich 21 06. Moschendorf 82,57.  
 Neuhaus a. R. 8,21. Neuhaus S. 1<sup>o</sup> 88. Nossen 2,40. Oberhohndorf  
 19,80. Oberkößitz 16,45. Oberkottau. 82. Oberlind 14,43. Penzig 2,15.  
 Pforzheim 21,77. Wiesau 11,80. Plau 27,04. Pöbneck 6,—. Probstzella  
 2,84. Rehau 40,71. Reichenbach 22,48. Reichmannsdorf 7,45. Rheins-  
 berg 9,94. Rothentkchen 4,82. Ruhland 8,88. Saargemünd 10,—.  
 Schauberg 12,84. Schirnding 10,06. Schleusingen 9,46. Schmiedefeld  
 6,25. Schorndorf 8,75. Schramberg 8,28. Schwarzenbach 5,89. Sigen-  
 dorf 12,18. Sondershausen 0,40. Sorgau 10,—. Spandau 11,—.  
 Stadtilm 19,08. Staffel 9,86. Stügerbach 1,96. Suhl 5,03. Tambach  
 8,20. Tannroda 5 71. Unterweißbach 4,22. Volkstedt 160,—. Vordamm  
 14,46. Waldburg 20,—. Waldfassen 5,—. Waltershausen 1,70. Weiß-  
 wasser 8,99. Wiesau 8,89. Summa 1 681,07. W. Herden.

**Aus unserem Berufe.**

**Ahlen.** Achtung! Aktiengesellschaft Kerkmann drohen Differenzen.

Ueber die Firma L. Hutschenreuther in Selb (inklusive des von ihr erworbenen Betriebes von Jäger & Werner, ebenso über die Firma Eger & Söhne in Großbrettenbach ist die Sperre verhängt. Berichte über die Veranlassung hierzu bringen wir in nächster Nummer.

**Elberfeld.** Die Lage der Ausständigen bei der Firma Peters ist bisher unverändert günstig. Ein alter Litograph mit grauen Haaren (dazu taubstumm), welcher gezwungen wird, Malerarbeit zu machen und ein abtrünniger Drucker, welche im Betriebe verblieben, sind nicht im Stande, denselben hoch zu halten. Die Ausständigen sind auch fernerhin kampfbereit. Es bleibt abzuwarten, ob die Firma, die der Meinung ist, sich die günstigste Zeit ausgesucht zu haben und in dieser Annahme richtig zu kalkulieren damit Recht behält. Wenn sie uns nicht bald die Hand zum Frieden reicht, indem sie ihre Zumutungen betreff Marken-Kontroll-System wieder zurück nimmt, werden wir den Kampf bis zum Äußersten führen. Bisher stützte sich die Firma auch noch auf 2 jüngere Ausständige, die in der Organisation noch jung, weil eben erst beigetreten. Ihre darauf gerichtete Hoffnung ist aber bis jetzt noch nicht in Erfüllung gegangen und auch keine Aussicht dazu vorhanden. Es wird für den Unternehmer eine Täuschung sein, wenn er annimmt, daß wir die Arbeit wieder bedingungslos auf nehmen, oder daß er andere Kräfte findet. Wir harren aus.

**Langenberg.** Der Streit bei Bufe & Büttner ist beendet und die Arbeit am Montag den 7. Januar wieder aufgenommen worden. Die Einigung erfolgte auf folgender Grundlage: 1. Maßregelungen sollen nicht stattfinden. 2. Anerkennung einer Preis-Kommission. 3. Auslegung eines Preisbuches. 4. Abschaffung von Mißständen im Betriebe wurde zugesagt. 5. Lohn- und Vorzuschwächen sollen abwechselnd einander folgen. 6. Sanitäre Einrichtungen sollen geschaffen werden. Die Arbeiter konnten die Arbeit wegen des gestörten Betriebes bzw. mangelnder Bestellungen nicht sofort vollzählig aufnehmen und handelt es sich um 4 Mann, die noch nicht eingestellt werden konnten. Der

Unternehmer versicherte aber, zunächst diese 4 Mann heran zu ziehen, ehe er Fremde einstelle.

**Potschappel.** Als wir in letzter Nr. unserer Ameise in einem Artikel über Potschappel uns immer noch von der Hoffnung leiten ließen, Herr Kungsch würde seine nach Weihnachten gegen die Arbeiter gerichteten Maßnahmen wieder zurück nehmen, da hatten wir uns getäuscht. In den in vergangener Woche gepflogenen Verhandlungen mit den Drehern sind wir eines anderen belehrt worden. Herr Kungsch spielt den armen Mann, und die Kollegen sind seine teuren Arbeiter — also zu gut bezahlte Arbeiter. Dieses bringt ihn zu dem Schluß, nur einer könne die Preise machen, er müsse wissen, was ein Stück kosten darf, um es verkaufen zu können. Diese Ansicht halten wir aber für vollkommen verkehrt, denn nur der Arbeiter kann den Preis auf einen Artikel machen, nur er weiß die Arbeit genau zu berechnen. Und nach der tatsächlichen Arbeit ist ein Stück zu bezahlen, nicht nach dem Taxwert. Aber so hochbeinig sind die Arbeiter garnicht einmal, sie verlangen sogar, daß ein Stückpreis mit der Firma vereinbart wird. Man sieht, die Arbeiter wollen eine ganz konstitutionelle Einrichtung, der sich aber Kungsch widersetzt, indem er behauptet, nur er könne wissen, wie ein Preis anzusetzen sei. Abzüge sollen angeblich keine Abzüge sein, sondern nur ein Ansporn, damit die Arbeiter die Arbeitskraft, die Technik und die Vorteile richtig auszunutzen lernten. Dabei sind die Potschappeler Arbeiter aber durch 10, 20 und bald 30jährige Tätigkeit und bei ganz genauer Arbeitsteilung derart eingefuchst, daß man fast bei jedem neuen Kollegen sehen kann, wie er anfangs zu würgen hat, um auf einen Lohn zu kommen. Wenn einmal eine Kommission oder dergl. wegen Maßnahmen gegen die Arbeiter vorstellig wird, dann sagt Kungsch oft: „Kinder, ich bin jetzt zu nervös, ich fühle mich krank, daß dürft ihr nicht so nehmen;“ und die Arbeiter können das auch wirklich glauben. Aber warum trifft er denn dann solche Maßnahmen und warum will er dann, wenn die Arbeiter kommen und sich beschweren, nicht einsehen, daß er Unrecht getan hat. Es ist anerkannte Tatsache für das Personal, daß in allen Fällen, wo der zweite Firmeninhaber, Herr Kungsch jun. verhandelte und vermittelnd eingriff, immer etwas Ersprießliches für beide Teile heraus sprang. Aber Herr Kungsch sen. ist auch hier absolutistisch, nicht daß etwas Ersprießliches beim Verhandeln heraus kommt, sondern daß Herr Kungsch immer Recht behält, will er immer haben. „Wem's nicht paßt, kann gehen“, „Sie sind mir nicht an die Finger gebacken“, „warum sind Sie wo anders nicht geblieben“, das sind die Fazite der Verhandlungen. Obendrein versteht es Herr Kungsch noch bei Letzteren ausgezeichnet, Leute heraus zu loben, andere abzublitzen und so die Kommissionen entweder hinaus zu komplimentieren oder ohne definitives Ergebnis gehen zu lassen. Es ist wirklich an der Zeit, daß in dieser Weise von der Firma baldigst Aenderung geschaffen wird, denn die Leute sind ernstlich gewillt, sich dieses Gebahren des Herrn Kungsch nicht mehr bieten zu lassen. Mag die Firma an Stelle des absolutischen ein konstitutionelles Regime setzen, um Verständigungen im Interesse beider Teile zu ermöglichen.

**Rehau.** Daß in der Malerei der neuen Fabrik von Hertl, Jakob & Co. keine glänzenden Zustände herrschen, das mußten die Kollegen erfahren, die hier ohne weiteres in Stellung traten, sodas auch der Wechsel im Verhältnis zur Arbeiterzahl ein großer ist. Solange die Maler im Tagelohn arbeiteten, ging's ja; anders wurde aber die Sache im Akkordlohn. Die Maler müssen sich fast jeden Bohntag 1 bis 2 Stunden um ihren Verdienst streiten, ohne hier und da etwas mehr zu bekommen. Dabei ist aber die Firma den Arbeitern gegenüber sehr „wohlwollend“ — nämlich wenn die Arbeiter vorstellig werden. In erster Linie ist es der Obermaler Herr Zawatzky, von dem wir diesmal sprechen wollen. Zu Anfang der Akkordarbeit äußerte er den Malern gegenüber, daß bei den Preisen die er macht, der geringste Maler 27 Mk. verdienen kann. Beweis hierfür: — daß bei manchen Artikeln zu den Preisen wöchentlich 12 — 15 Mk. verdient werden. Für diesmal wollen wir nur den Fall mit einer Druckerin auführen, die sich einer Aufmerksamkeit des Obermalers zu erfreuen hatte, und schließlich von ihm zu einem „abendlichen Spaziergang“ nach dem nahe gelegenen Orte Wierlich eingeladen wurde, was sie natürlich ablehnte. Jetzt war es mit der Liebesswürdigkeit des Herrn „Ober“ vorbei. Die Druckerin konnte sich jetzt dafür einiger Schikanen seitens des „Ober“ erfreuen, worüber sie bei der Direktion vorstellig wurde. Dort wurde sie wieder wohlwollend beschwichtigt, sie solle nur ruhig weiter arbeiten. Wie erstaunte aber die Druckerin, als sie am Tage nach Weihnachten (27. Dezember 1906) morgens ihre Papiere von dem „Ober“ ausgehändigt bekam, mit der Anweisung, sofort die Fabrik zu verlassen. Die Druckerin ging,

ohne ihre gesetzliche Kündigung zu verlangen und war so selbst schuld an ihrem Schaden. Unwillen muß es erregen, wenn die Direktion diesen Obermaler hoch hält. — Von ausgiebigerer Kritik mag diesmal abgesehen werden. Wir wollen doch vorläufig abwarten, ob die Firma nicht von selbst zu einer anderen Auffassung gelangt. Den Kollegen aber, die hier in Stellung treten wollen, raten wir, sich es erst zu überlegen.

**Schauberg.** In der hiesigen Fabrik lagen ernste Differenzen vor. Der Unternehmer hatte willkürlich und ohne Ankündigung in gesetzlicher Frist Löhne reduziert. Verschiedene Kommissionen hatten schon erfolglos vorgesprochen, schließlich hatte aber der Unternehmer eine Unterredung mit dem Genossen Seelmann-Aronach und erklärte diesem, von Lohnreduzierungen absehen zu wollen. Den geschädigten Arbeitern und Arbeiterinnen soll die Differenz zwischen dem willkürlich gezahlten und dem alten Preise nachgezahlt werden. Ob damit die Differenzen endgiltig ausgeglichen sind, wird sich erst nach Ablauf der vierzehntägigen Lohnperiode bei der Lohnberechnung erweisen.

**Sorau.** Unter den Firmen, welche sich gern den Anschein besonderer Humanität gegenüber den Arbeitern gaben, stand die Firma Böhme in Sorau mit an erster Stelle. Im Frühjahr gab es einen Fabrikball, bei welchem einige Glas Freibier zur Verteilung gelangten, im Sommer fand ein hier übliches Bogelschießen statt; einige kleine Gewinne für die besten Schützen und einige Glas Freibier bei Tanzvergnügen bildeten den Schluß. Der Arbeiter, welcher die Festrede hielt, sang dann das Lob der Firma in allen Tonarten. An Kollegen, welche den Pferdefuß dieses Freibiersystems erkannten, hat es nie gefehlt. Es wäre an und für sich gegen solche Feste nichts ein zu wenden, wenn nicht eine bestimmte Absicht damit verfolgt würde und wenn die Arbeitslöhne gerechte waren. Die Löhne einzelner Kategorien, waren aber so niedrige, daß ein Teil der Arbeiter um eine kleine Aufbesserung einzelner Artikel baten. Dies wurde schroff abgelehnt. Jetzt forderten die Arbeiter ihr vermeintliches Recht, 10 pCt. Lohnerhöhung. Herr Prokurist Zehe bewilligte 5 pCt., Herr Böhme, der Leiter der Fabrik hat garnichts bewilligt. Die Arbeiter bestanden aber auf 10 pCt. und so entspann sich ein Kampf, der sich schon viele Wochen hinzieht. Die Humanität der Firma kommt hierbei so recht zum Vorschein. 5 Arbeiter forderten 10 pCt. Lohnerhöhung, was die Firma kaum 10 Mk. wöchentlich insgesamt gekostet hätte. Diese Kleinigkeit forderten Arbeiter, welche 10—15 Jahre bei der Firma arbeiteten. Diese 5 Maler sind nun teilweise durch Arbeitswillige ersetzt und an ihrem Verhalten diesen gegenüber wird die Humanität der Firma gegen ihre früheren Arbeiter so recht erkennbar. Der Arbeitswillige Blobel erklärte nämlich einer bestimmten Person folgendes: Wir bekommen jetzt für einige Muster 0,85 Mk. früher 0,84 Mk., brauchen aber bloß die Hälfte daran machen. Tagelohn gibt es 3,50 Mk. früher 3,25 Mk., letzteres gab's aber nur für die besten Arbeiter. Die Firma gibt diesen Arbeitswilligen also doppelt, was die früheren Arbeiter forderten. Dies beweist nur, wie gerecht die Forderungen der Ausständigen waren und stellt an alle Arbeiter die Mahnung, beizutreten auf zu räumen mit Wohltätigkeitssystemen, welche geeignet sind, den Arbeitern bei unzureichenden Löhnen willfährig zu machen. Mit einigen Glas Freibier läßt sich der Arbeiter über seine wirkliche Lage täuschen, um dann zu spät ein zu sehen, wie „human“ man ihm gegenüber war. — Zur Situation ist diesmal nur mit zu teilen, daß als Arbeitswilliger der frühere Kapseldreher Hermann Walter aus Sorau, zuletzt in Weißwasser beschäftigt, hier eingerückt ist. Er genießt zur Zeit Unterricht in Schaalendrehen.

**Weißwasser.** Die Adressen des hiesigen Arbeitsnachweises sind nunmehr folgende: für Porzellanarbeiter (also auch für Maler): Gustav Rütche, Dreher, Hauptstr. 12a, für Glas- und Maler: Joseph Gieb, Glasmaler.

## Soziales.

**Zweierlei Recht.** Vor dem Schöffengericht in Neustadt a. d. S. hatten sich kürzlich zwei Maurer zu verantworten, die gelegentlich des Maurerstreiks in Hagloch auf der Straße zwei Arbeiter überfallen hatten, die nicht das geringste von ihnen wollten. Lediglich der Grund, daß sich die Leute in einer Wirtschaft als Sozialdemokraten erklärt hatten, genügte den Rohlingen, die Arbeiter zu Boden zu werfen und mit den Schirmen derartig zu mißhandeln, daß sie 10 Tage arbeitsunfähig waren. Dem einen wurde ein Gesichtsknochen zerhauen und auf beiden wurde mit Füßen herumgetrampelt. Die beiden Kaufbolde wurden zu 35 Mk. bzw. 9 Mk. Geldstrafe verurteilt. Im anderen Falle war der Angeklagte ein Spinner, der am Landrechtler Weberstreif be-

teiligt war. Er wurde von einem Burschen angehalten, dessen Schwester Streikbrecherdienste leistete. Dieser Bursche hatte nun aus irgend einem Grunde den „Eindruck“, daß der Spinner ihm auflauern wolle, und richtete eine entsprechende Frage an ihn. Dadurch geriet der Spinner in Zorn und verlegte dem anderen eine einzige Ohrfeige. Der Amtsanwalt führte aus, unter normalen Umständen könnte, da die Ohrfeige keinerlei Nachteil mit sich brachte, einer geringe Strafe genügen, aber mit Rücksicht, daß die Tat unter dem Einfluß der Streikstimmung geschehen sei, müsse eine empfindliche Freiheitsstrafe eintreten. Er beantragte 14 Tage, das Gericht erkannte auf 5 Tage Gefängnis.

Vor dem Schöffengericht in Halle a. S. hatte sich ein 29jähriger Student zu verantworten, der Polizeibeamte beleidigte und mißhandelte, als ihm von einem Polizeisergeanten seine Rüpeleien untersagt und ihm die Studentenkarte aberlangt wurde. Der Student schlug den Beamten mit der Faust ins Gesicht und mit dem Stocke über den Kopf, so daß der Polizist verletzt wurde. Dies geschah auf dem Transport nach der Wache. Als dann noch ein anderer Sergeant hinzukam, rief er diesem zu: „Von diesem Kerl muß man sich anfassen lassen.“ Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung den Siff ins Feld. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Mann eine Geldstrafe von 100 Mk. und meinte, es sei bedauerlich, daß sich Leute von dieser Bildung zu solchen Erzessen hinreißen ließen. Das Gericht bestrafte den Studenten mit 100 Mk. und sprach dem beleidigten Polizisten Publikationsbefugnis zu. In der Urteilsbegründung hieß es, der Angeklagte hätte besser getan, an Stelle solcher Taten andere Dinge zu begehen. — Etwa eine Stunde später betraten die Maurer Frommknecht, Bilger, Hoffmann und Bayer denselben Gerichtsstand. Die Anklage lautete auf § 153 der Gewerbeordnung, weil die Angeklagten im Juni d. J. gelegentlich des Maurerstreiks in Ammendorf-Rademell die „arbeitswilligen“ Maurer Brendel, Zwingenberg und Lepky durch Drohungen und Beleidigungen zu bestimmen versucht haben sollen, an Streitverabredungen teilzunehmen. Frommknechts „Verbrechen“ wurde darin erblickt, daß er gesagt hatte: „Es ist Eure heiligste Pflicht, daß Ihr die Arbeit wieder nieder legt. Ihr bekommt Euer Reisegeld und dann könnt Ihr abreisen.“ Ein anderer Angeklagter hatte gesagt: „Arbeitet nur ruhig weiter, das andere findet sich.“ Dabei waren einige Schimpfworte nebensächlicher Art gefallen. Weiter war gesagt worden: „Immer laßt sie nur arbeiten; wir werden sie schon einmal abfassen.“ Schließlich soll ein Angeklagter den „Arbeitswilligen“ mit der geballten Faust gedroht haben, und Bayer soll gesagt haben: Wenn Ihr weiter arbeitet, braucht Ihr Euch nicht zu wundern, wenn Ihr mal eins ins Genick kriegt.“ Es waren die üblichen Redensarten, die in Arbeiterkreisen bekanntlich nicht auf die Goldwaage gelegt werden. Die Angeklagten bestritten übrigens, Drohungen ausgestoßen zu haben. Sie wollten auch nicht Streikposten gewesen sein. Der Vorsitzende, der sich über den Verkehr der Arbeiter kein richtiges Bild zu machen scheint, richtete an die Angeklagten die Frage: „Sagen Sie mal, ist es denn so üblich in Ihren Kreisen, daß Sie die Leute, die Sie noch nicht kannten, in der Weise ansprachen?“ „Jawohl!“ antworteten die Angeklagten. Die „Arbeitswilligen“, die sich angeblich so sehr gefürchtet haben, daß sie dem Unternehmer und einem Gendarm Mitteilung von dem Vorfall machten, waren in Wirklichkeit aber gar nicht bange, denn sie sind bald darauf den Angeklagten „auf den Leib gerückt“ und haben Fahrgehalt zur Abreise verlangt. Als ihnen das nun verweigert wurde, weil man sie mit Recht für unsichere Rantonisten hielt, gingen sie ganz furchtlos wieder an ihre Streikbrechertätigkeit. Die „Drohung“ hat also den Leuten nichts geschadet, und der Verteidiger der Angeklagten hielt dem Amtsanwalt mit Recht vor, daß es doch viel näher gelegen hätte, die Anklage wegen einfacher Beleidigung zu erheben, weil dann, wenn nicht einfach auf Freisprechung, auf eine geringe Geldstrafe erkannt werden könne. Die Vermutung läge sehr nahe, daß die Anklage nur deshalb auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung erhoben worden sei, um den Angeklagten die Möglichkeit zu entziehen, mit einer Geldstrafe davon zu kommen. Der Gerichtsvorsitzende meinte, das gehöre nicht zur Sache, und der Amtsanwalt erwiderte, er selbst habe die Anklage nicht gemacht; er müsse sie aber vertreten und könne nach § 153 der Gewerbeordnung keine andere als eine Freiheitsstrafe beantragen. Der Verteidiger bat dann, wenigstens Vergehen gegen die Gewerbeordnung in idealer Konkurrenz mit Beleidigung anzunehmen, dann sei die Gelegenheit geboten, gegen die Angeklagten eine mäßige Geldstrafe zu verhängen. (Unsere wunderbaren Gesetze sind in diesem Falle so, daß, obwohl eine Tat mehr hinzukommt, auf Geldstrafe erkannt werden kann, während ein Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis geahndet wird.) Das Gericht folgte dem Rate des Ver-

leidigers und nahm Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung in idealer Konkurrenz mit Verleumdung nach § 185 als vorliegend an; aber es verurteilte trotzdem Pilger und Hoffmann zu je einer Woche und Bayer zu zehn Tagen Gefängnis. Frommknicht wurde freigesprochen. Die Aeußerung „von der heiligen Pflicht“ war nicht als unerlaubtes Mittel angesehen. Die übrigen Aeußerungen wurden als Drohungen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung angesehen.

**Ein Kulturbild.** Daß sich die Geistlichkeit vielfach ganz offen in den Dienst der Unternehmer stellt, ist den Arbeitern nichts Neues, was sich aber kürzlich in Oberfranken zugetragen hat, übertrifft jedenfalls alle bisherigen Beispiele. In jenem Bezirk ist das Unternehmertum sehr „fromm“ was allerdings eine skrupellose Ausbeutung der Heimarbeiter gar nicht behindert. Die Arbeiterschaft von Hof bemüht sich, die Heimarbeiter zu organisieren, damit diese ihr Jammerlos erträglich gestalten können. In Hohenberg sollte Genosse Rau aus Hof über den Heimarbeiterschutzgesetzentwurf sprechen. Der Herr Kuratus dirigierte seine Garde in das Lokal, ließ sie den Saal besetzen und das Vertrauen an sich reißen. Erst wollte man den Genossen Rau reden lassen, als ihm aber einer der Besitzer aus dem Bureau der Versammlung zu sehr unter der Nase herumfuchtelte und er sich dies verbat, erklärte der Christliche Held: „An Dreck hältst Du, aber la Red.“ Die anwesenden Heimarbeiter wurden über dieses Treiben unwillig, worauf der Pfarrer vorschlug, zu singen. Die bereit gehaltenen Liederbücher wurden aus der Tasche gezogen, und bald eröffnete das schöne Lied; „Schenkt mer a mol a bayerisch ei“, das christliche Konzert. Ein Lied folgte auf das andere, eins immer schöner als das vorige. Das prächtigste aber war der Wechselgesang: „Was braucht man auf dem Bauern-dorf“, von dem die erste Strophe hier folgen möge. Einer der Bauernburschen singt vor: „Was braucht mer auf an Bauern-dorf?“ Darauf läßt sich der Pfarrer vernehmen:

„An Pfarrer, der schön singt,  
A Glock'n, die schön klingen,  
An Mesner, der schön läut'n laß,  
An Pfleger, der a braver Maß.“

Darauf die Gemeinde im Chorus:

„Dös braucht mer auf an Bauern-dorf,  
Dös braucht mer auf an Dorf.“

Jedesmal wenn der Chor sein „Dös braucht mer auf an Dorf“ gesungen hat, schreit der Pfarrer: „Aber la Gewerkschaft.“ Die Versammlung war natürlich unmöglich gemacht. Auf diese Heldentat ist die Zentrums- und die Bauernpresse sehr stolz. Im „Bamberger Tageblatt“ wurde darüber berichtet: „Der „Wirt“ hatte die Rechnung ohne seine Gäste gemacht; er fand nur wenig heils-durstige Seelen, desto mehr hierdurftige, die sich ihre Gemüts-lichkeit nicht durch das Entwickeln unausführbarer Pläne flören lassen wollten.“ — Dergleichen ist möglich gewesen trotz der Heimarbeiter-Ausstellung in Berlin, die das Elend der Heimarbeiter und Arbeiterinnen vor aller Welt bloß gelegt hat!

Die ganze oben charakterisierte Gesellschaft wird hundertmal versichern, daß sie den Aermsten die ewige Seeligkeit wünscht, aber das tägliche Brot gönnt sie ihnen nicht.

## Versammlungsberichte etc.

**Credlitz.** Die am 2. Januar abgehaltene Versammlung war von 13 Mitgliedern besucht. Der frühere Schriftführer war nicht erschienen. Bei den allgemeinen Neuwahlen wurde nur der Kassierer einstimmig wieder gewählt. Der bisherige Vorsitzende wies darauf hin, daß die Wahlen schon am 23. Dezember vorig. Jahres hätten erledigt werden können, aber leider wegen zu geringen Besuches der Versammlung vertagt werden mußten. Er bedauerte auch, daß während seiner Amtsperiode mehrere Mitglieder abgefallen sind und legte den Mitgliedern an's Herz, daß sie alle im Verein mit der neuen Verwaltung nach Kräften zur Stärkung der Zahlstelle beitragen möchten. Der Kassierer ermahnte die Mitglieder, die Restbeiträge wegen des Abschlusses pro IV. Quartal pünktlich zu entrichten. Auch erläuterte er die Ausfertigung der Statistik. Ferner wurde debattiert über die Einstellung eines Mustermalers bei Gumtau. Dabei stellte sich aus den eigenen Aussagen dieses Mustermalers heraus, daß die Maler durch Herrn Gumtau falsch orientiert wurden. Schluß der Versammlung 10 $\frac{1}{2}$  Uhr.

**Goldlauter.** Am 16. Dezember 1906 fand eine öffentliche Porzellan-arbeiter-Versammlung statt, in welcher Genosse Hoffmann-Nimnau über die Lage der Porzellanarbeiter referierte. In ausführlicher Weise schilderte Genosse Hoffmann die Gefährlichkeit des Berufes der Porzellanarbeiter, wies durch eine Statistik nach, daß von Jahr zu Jahr die Krankheiten und Todesfälle sich mehrten, und führte aus, daß die lange Arbeitszeit, Unreinlichkeit und sonstige ungesunde Zustände in den Betrieben hieran Schuld seien; daß gerade diejenigen, welche lange Arbeitszeit haben, den kürzesten Lohn haben und leidet es klar, auf welche Art und Weise dies möglich sei. In seinen letzten Ausführungen kam Hoffmann auf die Heimarbeiter zu sprechen, schilderte die ungeheuren Profite, welche auch in diesem Jahr wieder von den Porzellan-Baronen eingeholt worden sind, und legte den Anwesenden klar, welche Profite für sie von der Herren Tische abgefallen seien (hohe Löhne und lange Arbeitszeit) und

legte den Nichtorganisierten nahe, daß es Zeit sei, sich zu organisieren und dem Verbands beizutreten, und so ein Ganzes zu bilden, um die Banden, die den Porzellan-Proletarier fesseln, zu sprengen. Es müsse endlich auch in dieser Branche eine Besserung eintreten. Zum Schluß kam Genosse Hoffmann noch auf das letzte Ereignis (Reichstagsauflösung) zu sprechen, forderte die Anwesenden auf, auch hier ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun, damit der Sieg errungen werde. Unter allgemeinem Beifall wurde die nur schwach besuchte Versammlung geschlossen. Da die Versammlung nur schwach besucht war, selbst von Verbandsmit-gliedern, werden die Mitglieder ersucht, öffentliche, sowie Zahlstellen-Versammlungen besser als bisher zu besuchen. Auf zur Arbeit im neuen Jahre.

**Kahla.** Die am 5. Januar im Thüringer Hofe zu Löbbschütz statt-gefundene Zahlstellenversammlung war von 215 Mitgliedern besucht. Nachdem die Beiträge kassiert und das letzte Protokoll verlesen, werden die Wahlen von Unterkassierern, Krankenkontrollleuten erledigt. Der Vorsitzende giebt hierauf Erklärungen über die Ausfüllung der Statistik und macht es den Mitgliedern zur Pflicht, die Statistik so auszufüllen, wie es der Hauptvorstand verlangt. Es wird von einigen Rednern darauf hingewiesen, daß die Unternehmer Weihnachtsprämien, Viertel-jahrsprozente, einmalig doppelten Wochenlohn auch als Lohn bzw. als Teuerungszulage rechnen, daß der Staat diese Einnahmen der Mitglieder mit in die Einkommensteuer einschätzt und deshalb auch mit versteuert werden müssen, folglich dieselben auch mit in die Lohnstatistik ein-getragen werden müssen. Der Genosse M. bringt die Krankengeldzusuf-frage noch einmal zur Sprache. Redner kann sich nicht mit der Praxis des Hauptvorstandes einverstanden erklären und fordert die Zahlstelle auf, zur nächsten Generalversammlung dafür zu sorgen, daß in Zukunft die Statuten so gehandhabt werden, wie es die Generalversammlung beschließt, und nicht wie es der Hauptvorstand auszulegen beliebt. Ein Antrag, einen Vortrag über den Wert der Statistik halten zu lassen, wird abgelehnt, da die Mitglieder genug aufgeklärt sein müssen, wenn sie die Amesse lesen und die Versammlungen besuchen. Ein Antrag des Genossen F., daß in den Versammlungen vor 10 Uhr nicht geraucht werden darf, wird angenommen. Nach Beantwortung bzw. Aufklärung einiger Fragen weist der Vorsitzende auf den Artikel in der Amesse vom 4. Januar 1907 „Der Reichstags-Wahlkampf und die Gewerkschaften“ hin und fordert die Genossen auf, alle ihre Pflicht zu tun. Schluß der Versammlung 11 $\frac{1}{4}$  Uhr.

**Kleindombach.** In letzter Versammlung wurden unter Ver-schiedenem auch die abgelehnten Umzugsgelder von drei nach hier ver-zogenen Mitgliedern besprochen. Der Sachverhalt bei 2 Mitgliedern ist kurz folgender. Sie wurden in L. gekündigt und erhielten Unter-stützung, einer 2 Wochen, der andere 8 Wochen, dann bekamen beide Arbeit in St., Fahrgelder haben beide nicht erhalten. Nachdem sie ein-sahen, daß sie dort für die Dauer nicht auskommen konnten und sich ihnen hier günstigere Arbeitsgelegenheit bot, gaben sie in St. ihre Stellung auf, traten hier in Arbeit und beantragten nun Fahr- und Umzugsgelder von L., ihrem Wohnort, nach hier. Dies wurde vom Hauptvorstand abgelehnt mit der Begründung des § 20 Abs. 1 des Statuts. Auf ein-gelegte Revision bei der Beschwerdekommision wurde derselbe Bescheid ge-geben. (S. Am. Nr. 44 S. d. Mtgl. 89 022 u. 89 023.) Dort steht, daß beide Mitglieder Fahrgelder nach St. erhalten haben, was dieselben aber ganz entschieden bestreiten. Nun weiß man nicht, soll es Täuschung der Mitglieder sein oder wie kommt die Beschwerdekommision dazu, da sie doch das Material vom Vorstand erhalten hat, in welchem aus-drücklich betont wurde, daß beide Fahrgelder nach St. nicht erhalten haben, worauf eben in dieser Sache viel Gewicht gelegt werden muß. — Nun der andere Fall. Betreffendes Mitglied wurde in R. arbeitslos, be-kam auch Unterstützung. Auf Nachfrage um Arbeit bekam es hier zu-sagenden Bescheid, sollte jedoch einige Wochen warten, da der Betrieb noch nicht ganz fertig war. Der Kollege sah sich deshalb vorläufig nach anderer, nicht in das Fach einschlagender Arbeit in R. seinem Wohnorte um, in der Absicht, den Verband nicht zu sehr aus zu nützen (hat nur 3 Tage Unterstützung bezogen) und dabei doch etwas mehr, als die Unterstützung ausmacht, zu verdienen. Als er dann später hier in Arbeit trat und nach hier verzog wurden die Fahr- und Umzugskosten mit der-selben Begründung des § 20 Abs. 1 des Statuts abgelehnt. — Ein viertes Mitglied war in B. gekündigt worden, hat Unterstützung erhalten, dann mehrere zweifelhafte Stellungen gehabt, ehe es nach hier verzog. In Anbetracht der drei schon geschilderten Fälle hat dieser Kollege vom Antrag stellen auf Umzugskosten abgesehen, um sich Verdruß zu sparen. Nun muß man sich unwillkürlich fragen, waren die Ablehnungen gerecht nach § 20 Abs. 1 des Statuts? Man wird vielleicht einwenden, jedes Mitglied hat die Pflicht sich vor Antritt eines neuen Arbeitsplatzes um die Verhältnisse zu erkundigen. Daß das praktisch nicht immer geht, daß man auch öfter auf den Leim gelockt wird seitens der Unternehmer, wird jeder Kollege wissen. Wenn Mitglieder arbeitslos werden, erhalten sie nach § 14 Unterstützung, nach § 18 nach einem neuen Arbeitsplatz Fahrgelder und nach § 19 Umzugsgelder. Daß es Fahr- und Umzugs-gelder nur nach dem nächsten Arbeitsplatz gibt, steht nirgends im Statut und wann nun diese Mitglieder Fahrgelder nach einem neuen Arbeits-platz noch nicht erhalten haben und sie beantragen sie dann auf Grund ihrer unfreiwilligen Arbeitslosigkeit am Wohnorte, so müßten sie wohl ausgezahlt werden. Wenn Mitglieder auf eigene Kosten irgend wohin fahren und die Verhältnisse persönlich auf sich einwirken lassen, um zu erkennen, ob sich genügend Halt für eine Existenz bietet, so kann das dem Verband egal sein, da er davon keinen Schaden hat. Und wenn, wie im 2. Falle ein Mitglied sich einstellten andere Beschäftigung sucht und bekommt dann kein Fahr- und Umzugsgeld, so ist doppelt ungerecht. Es sind die betreffenden Mitglieder lauter tüchtige Genossen die für ihre Ueberzeugung und ihr pflichtgemäßes Handeln gemahregelt wurden. Wenn sie dann vom Verband aus so benachteiligt werden, so ist es wohl kein Wunder wenn sie die Lust verlieren und die besten agitatorischen Kräfte vom Verband abgetrieben resp. faul werden. Oben geschilderte Fälle sind vielleicht schon öfter vorgekommen, uad deshalb wäre es wohl angebracht, wenn sich die einzelnen Zahlstellen damit befassen, um zur nächsten Generalversammlung einen Nachsatz zu § 19 zu schaffen (eventuell mit rückwirkender Kraft) der für die Zukunft solche Vorkommnisse aus-schließt. Denn was hilft es dem Verband, wenn wir hunderte v. M. für Agitationsausgaben und dann wegen einiger Markt alte und tüchtige Kräfte verlieren.

### St erbetafel.

Freiberg. Karl Otto Börner, Hilfsbreher, geb. 22. Mai 1885 in Silbersdorf, gest. 27. Dezember 1906. Mitglied des Verbandes.

Ehre seinem Andenken!

### Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

- Amberg.** Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr, auf der Alm. Berlin. Die für diese Woche angelegte Versammlung kann umständehalber nicht stattfinden.
- Berlin-Moabit.** Montag, 21. Januar, 8 1/2 Uhr, Buttligstr. 10.
- Buckau.** Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr, bei J. Westphal Dorotheenstr. 14.
- Düsseldorf.** Sonnabend, den 19. Januar, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Elgersburg.** Sonnabend, 19. Januar, im Fürstenhof.
- Goldlauter.** Sonntag, 20. Januar, nachmittags 8 Uhr, bei Gebhardt Heim in den „Drei Linden“.
- Gräfenthal.** Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schießhaus. Abschluß.
- Hüttengrund.** Sonnabend, 19. Januar, bei Liebermann.
- Kloster-Vessra.** Sonnabend, den 19. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in Themar im Hotel Thüringer Hof. Lohnstatistiken mit bringen. Abschluß ist fällig.
- Mitterteich.** Sonnabend, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Bayerischen Hof.
- Neustadt bei Coburg.** Sonnabend, 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Bergschloßchen bei Ferdinand Luther. Lohnstatistiken sind ab zu geben. Abschluß.
- Nürnberg.** Sonnabend, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Maxtor Keller. Bibliothekbücher und Lohnlisten unbedingt abliefern.
- Oberkotzau.** Sonnabend, 19. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Quartalsabschluß.
- Oberkobbitz.** Sonnabend, 19. Januar, 1/9 Uhr, im „Grünen Grunde“. Die Lohnstatistiken von 1906 sind fertig ab zu geben.
- Oberlind-Sonneberg.** Montag, den 21. Januar, abends punkt 8 Uhr, b. Bruner (Linderhof). Lohnstatistiken u Bibliothekbücher mitbringen. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Abschluß am 20. Januar erfolgt.
- Penzig.** Montag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Hotel zur Krone.
- Plesau.** Sonntag, 20. Januar, nachmittags 8 Uhr, bei Hugo Langer. Quartalsabschluß.
- Schirnding.** Sonnabend, 19. Januar, abends 8 Uhr, bei Herrn Fritz Kaiser, Bahnhof-Restaurant. Bibliothekbücher mitbringen.
- Volkstedt.** Sonnabend, den 19. Januar, abends 8 Uhr, Hotel Strickrodt. Quartalsabschluß.
- Weiden.** Sonnabend, 19. Januar, im Hotel Wittelsbach.

## ANZEIGEN.

**Althaldensleben.** Abschluß bestimmt am 20. Januar. Ersuche alle Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, selbige bis dahin zu begleichen. Auch müssen die Lohnstatistiken von 1906 abgegeben werden.

Der Kassierer.

**Arzberg.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Abschluß bis zum 20. dieses Monats fertig gestellt wird, bis dahin also die Beiträge entrichtet sein müssen.

Der Kassierer.

**Berlin.** Die für diese Woche angelegte Versammlung kann umständehalber nicht stattfinden.

Die Verwaltung.

**Cöln u. Cöln-Ehrenfeld.** Dienstag, den 22. Januar, abends 9 Uhr, findet im Lokale Mausbach, Cöln, Schaafenstr. 4, eine gemeinsame Mitglieder-versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl und ihre Bedeutung für die Gewerkschafter. Es ist Pflicht der Mitglieder beider Zahlstellen in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch Gäste sind willkommen.

**Creidlitz.** Die Mitglieder der Zahlstelle werden hiermit aufgefordert, Restbeiträge pro 4. Quartal 1906 bis zum 27. Januar zu bezahlen, da der Abschluß unbedingt fertig gestellt wird.

**Hüttensteinach.** Der Abschluß pro 4. Quartal findet am 20. Januar statt.

**Judenbach.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Abschluß pro 4. Quartal am 20. Januar stattfindet. Ferner sind die noch fehlenden Lohnstatistiken sofort abzugeben.

**Kolmar.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Abschluß bestimmt am 20. Januar fertig gestellt wird und daher alle Restbeiträge entrichtet sein müssen.

Der Kassierer.

**Meuselwitz.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sämtliche Beiträge wegen Uebergabe der Kasse bis spätestens den 18. Januar entrichtet sein müssen. Ferner müssen sämtliche Mitglieder die Lohnstatistiken ordnungsgemäß ausfertigen und zum Jahres-schluß an den Kassierer abgeben.

**Nürnberg.** Ersuche diejenigen Mitglieder, welche die Beiträge für das 4. Quartal 06 noch nicht beglichen haben, dies unbedingt bis spätestens Sonnabend, den 19. Januar 1907 zu tun. Auch müssen bis dahin sämtliche Lohnlisten an mich eingeleistet sein.

Der Kassierer.

**Oberlind-Sonneberg.** Der Abschluß für das 4. Quartal findet am 20. Januar statt.

**Selb.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß für Reisende mittags von 12-1 Uhr und für alle anderen Verbandsangelegenheiten abends von 7-10 Uhr die Regelung stattfindet.

Der Kassierer.

**Weisswasser.** Der Kollege Wilhelm Krause wird gebeten, das Buch „Zeltleben in Sibirien“ an die Zahlstelle Weisswasser gelangen zu lassen.

### Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Schiffe muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

**Porzellanschleifer** sucht dauernde Stellung. Derselbe würde auch Posten als Lagerist annehmen. Gefl. Offerten unter A. M. an die Exped. dieses Blattes erb.

**Schablonenschneider,** gewandt im Zeichnen und Entwerfen von neuen geschmackvollen Mustern, sucht passende Stellung. Gefl. Offerten u. G. R. 1876 an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

**Tüchtiger Former,** der sein Fach vollständig versteht, und in allen Formerarbeiten bewandert ist, sucht baldigst Stellung. Gefl. Off. unter G. 100 an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

**Schriftmaler** auf Apothekengefäße sofort gesucht. Wochenlohn 25-30 Mk. je nach Leistung. Näheres durch H. Koch, Cannstadt, Hofenerstr. 68.

**Maler,** tüchtig, auf Herde gut eingearbeitet, zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Ferner Herdfabrik, G. m. b. H., Herne i. W.

**Porzellanmaler** für Schrift, Wappen, Monogramme, auch im Rändern von Hotelgeschirr bewandert, sucht Stellung per sofort oder doch baldigst, eventuell in Privatmaleret. Gefl. Offerten unter L. R. 11 an die „Ameise“ erbeten.

**Junger tüchtiger Schriftmaler,** militärfrei in Schrift, Monogramm und auf Apotheker-Standgefäße, sucht dauernde Stellung. Offerten unter K. R. 85 an die „Ameise“ erbeten.

**Glasmaler,** bewandert in kalten und gebrannten Dekoren auf Biersevice, sucht Stellung. Offerten unter 101 an „Ameise“ erbeten.

**Schriftenmaler** auf Emailleschilder sucht Stellung im In- oder Auslande. Schriftproben stehen zu Diensten. Offerten unter A. S. 21 an die „Ameise“ erbeten.

**Schriftenmaler,** tüchtig in Farb- und Emailleschrift auf Emailleschilder, durchaus perfekt, sucht Stellung. Offerten unter K. B. Eberfeld postlagernd.

**Schablonenschneider,** der auch im Entwurf von Emaille-Plakaten bewandert ist und das Schablonierverfahren aufs praktischste zu behandeln weiß, sucht Stellung. Offerten unter G. M. an die „Ameise“ erbeten.

### Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2gespaltenen Zeile oder deren Raum 30 Pfennige. Vorauszahlung ist Bedingung.

**Goldschmiede, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 80 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A., Sneyenaustr. 6.

**Schwämme!** Für 5 Mk. versende 5, 10 oder 20 Stück Schwämme. Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Max Schwan, Rixdorf b. Berlin, Jonasstr. 8.

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: G. Wollmann, Charlottenburg, Rosinenstr. 8. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.